

Vorbemerkung

Der Rechnungsprüfungsausschuss ist von der Mehrheit der Vertreterversammlung vom 16.03.2009 durch einen Beschluss, der in einem Protokoll enthalten sein muss, welches bis heute nicht vorliegt, obwohl es nach unserer Satzung schnellstmöglich zu erstellen ist, aufgefordert worden, bis zum 31. März 2009 Bericht zu erstatten.

Der Rechnungsprüfungsausschuss stellt dazu fest, dass er vom Vorstand in seiner Tätigkeit massiv behindert worden ist und wird. Diese massive Behinderung ist von Versuchen einzelner Vorstandsmitglieder begleitet worden, den RPA wegen seiner Tätigkeit zu diskreditieren.

Kein Rechnungsprüfungsausschuss kann die ihm übertragene Aufgabe erfüllen, wenn der von der Vertreterversammlung zu überwachende Vorstand, ihm rechtswidrig zu erteilende Auskünfte oder die Einsicht in bestimmte Geschäftsunterlagen verweigert.

Der Vorstand der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Berlin hat dem Rechnungsprüfungsausschuss für das Jahr 2006 keinen Geschäftsbericht vorgelegt und ihm die Einsichtnahme in mehrere Konten verweigert. Damit hat der Vorstand seiner umfassenden Rechenschaftspflicht gegenüber allen Mitgliedern der KZV Berlin bis heute nicht genügt.

Dieser Pflicht kann er sich nicht dadurch entziehen, dass er die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses wegen dessen Tätigkeit in der Kollegenschaft zu diskreditieren versucht.

In der Vertreterversammlung vom 16.03.2009 hat der stellvertretende Vorsitzende - Kollege Pochhammer vortragen lassen, dass der RPA zur Erstellung seines Berichtes für das Jahr 2006 bisher 33 Sitzungen abgehalten hat. Diese Behauptung ist falsch. Der Vorstand hat sich inzwischen gezwungen gesehen, dem RPA mit einem Schreiben vom 27.03.2009 auf Nachfrage eine maximale Sitzungszahl von bisher 20 Sitzungen für die Prüfung des Jahres 2006 zu bestätigen. Überdies hat der Kollege Pochhammer zu erwähnen vergessen, dass es insbesondere seiner Weigerung zur Kooperation mit dem RPA geschuldet ist, dass die Mitglieder des RPA für seine Tätigkeit mehr Zeit aufzuwenden hatten, als dies unter normalen Umständen notwendig wäre.

Die Mitglieder des RPA protestieren entschieden gegen alle Versuche dieses Vorstandes, sie auf Grund ihrer Tätigkeit in der Kollegenschaft zu diskreditieren.

Wegen der Weigerung des Vorstandes, den Mitgliedern des RPA einen Geschäftsbericht vorzulegen, die Einsichtnahme in die Konten mit den Nummern 5998 und 5999 zu ermöglichen und erbetene Auskünfte zu erteilen, ist der von uns bis zum 31.03.2009 zu erstattende Bericht notwendigerweise lückenhaft.

Aus den Unterlagen, die uns vom Vorstand für das Jahr 2006 allein zugänglich gemacht und von uns stichprobenartig überprüft worden sind, ergibt sich nach unseren bisherigen Erkenntnissen bereits ein Schaden in Höhe von ca. 80. 000.- für das Jahr 2006, welcher der KZV durch das Verwaltungshandeln ihres Vorstandes entstanden ist.

Im Anhang dokumentieren wir Ihnen einen Teil der uns bis jetzt bekannt gewordenen Auffälligkeiten.

Berlin am 29.03.2009

Dohmeier

Klutke

Palloks

Betreff: Re: Antwort: Anzahl der Sitzungen

Von: Helmut Dohmeier <[REDACTED]>

Datum: Fri, 27 Mar 2009 21:50:07 +0100

An: [REDACTED]"

[REDACTED]

BCC: [REDACTED]
[REDACTED]

[REDACTED]

Sehr geehrter Herr Dr. Dohmeier- de Haan,

in Bezug auf Ihre Mail vom 24.03.2009 teile ich Ihnen mit, dass 33 Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses für die Prüfung des Rechnungsjahres 2005 anberaumt waren. Für die Prüfung des Rechnungsjahres 2006, waren es 20 Sitzungen. Sie hatten sich von jeder Teilnehmerliste eine Kopie gefertigt, so dass sich weitere Aufstellungen bestimmt erübrigen.

Für den 07.02.2009 und 09.02.2009 ist kein Sitzungsgeld angewiesen worden, da weder dem Vorstand der KZV, noch der Vorsitzenden der Vertreterversammlung, Frau Dr. Bellmann, Mitteilungen über die beiden geplanten Sitzungen vorlagen.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. [REDACTED]
kfm. Geschäftsführerin
Kassenzahnärztliche Vereinigung Berlin KdöR
Georg-Wilhelm-Str. 16 * 10711 Berlin
Tel. +49 (030) 89 004 - [REDACTED]
Fax +49 (030) 89 004 - [REDACTED]
Email: [REDACTED]

Internet: <http://www.kzv-berlin.de>

Helmut Dohmeier
[REDACTED]

24.03.2009 14:07

Bitte antworten an
[REDACTED]

An [REDACTED]
Kopie
Thema Anzahl der Sitzungen

Sehr geehrte Frau [REDACTED],

in der letzten VV wurde berichtet, dass der Rechnungsprüfungsausschuss in 33 Sitzungen seinen Rechnungsprüfungsbericht erstellt hat.

Im Namen der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschuss bitte ich um Überlassung entsprechender Unterlagen mit denen diese Anzahl der Sitzungen für den Rechnungsprüfungsbericht belegt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. H. Dohmeier-de Haan

In meinen Unterlagen kann ich bisher den Ausgleich der Sitzung des RPA vom 07./08. 02. 2009 nicht feststellen. Ich bitte um gelegentliche Überprüfung.

Sehr geehrte Frau Kollegin Bellmann,

es ist schon erstaunlich, zu welchen Mitteln der KZV - Vorstand mittlerweile greift, um die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschuss in der Kollegenschaft zu diskreditieren und zu provozieren.

Die im Schreiben von Frau [REDACTED] (in wessen Auftrag?) aufgeführte Anzahl der Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses stimmt erneut nicht mit unseren Aufzeichnungen überein. Wir bitten daher nunmehr um umgehende Einsichtnahme in alle von Frau [REDACTED] für den Vorstand gefertigten Sitzungsprotokolle des Rechnungsprüfungsausschusses. Zum Abgleich bitten wir um die Vorlage aller für das Rechnungsjahr 2005 und 2006 von uns unterzeichneten Protokolle.

Für den 07.02.2009 und 08.02.2009 (nicht 09.02.2009!) ist kein Sitzungsgeld angewiesen worden.

Begründung:

weder dem Vorstand der KZV noch Ihnen, sehr geehrte Frau Kollegin Bellmann, hätten Mitteilungen über die beiden geplanten Sitzungen vorgelegen.

Ich will nicht ausschließen, dass ich es tatsächlich versäumt habe, die für den 07.02/08.02.2009 vereinbarten Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses anzumelden. Zu diesen Sitzungen haben sich Kollegen ausnahmsweise - auf Grund der zwangsläufig beschränkten Öffnungszeiten der KZV - an einem Wochenende - getroffen. Seit über einem Monat liegen der Geschäftsführung der KZV die jetzt beanstandeten Abrechnungen vor. Niemand hat es auch nur kollegialer Weise für nötig befunden, die Mitglieder des RPA darüber zu informieren, dass man wegen fehlender Sitzungsanmeldung die Zahlung zu verweigern gedenkt

Wollen Sie wirklich, dass eine Neubewertung aller Sitzungsgeldzahlungen an **alle Ausschüsse** unter dem Gesichtspunkt einer zuvor bei Ihnen oder dem Vorstand erfolgten Anmeldung vorgenommen wird?

Mit kollegialen Grüßen

H. Dohmeier

Bisherige Ergebnisse des Rechnungsprüfungsausschuss der KZV Berlin für das Jahr 2006

Die Unterzeichner sind nach § 6 der Satzung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Berlin von der Vertreterversammlung zu Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses gewählt worden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat die Geschäftsführung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Berlin unter Einschluss des Jahresabschlusses zum 31.12.2006 an Hand der ihm bisher zur Verfügung gestellten Unterlagen geprüft.

Mit der Prüfung wurde am 21.05.2008 begonnen

Zur Prüfung haben folgende Unterlagen vorgelegen:

- der Prüfbericht der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung für das Jahr 2006 .
- die Bilanz sowie Ertrags- und Aufwandsrechnung der KZV Berlin für das Rechnungsjahr 2006.
- weitere vom Rechnungsprüfungsausschuss erbetene Unterlagen.

Da der Prüfbericht der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung für das Jahr 2006 ausdrücklich feststellt:

„Die ordnungsgemäße Verteilung der Gesamtvergütung, die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Honorarbescheide unter Anwendung des Honorarverteilungsmaßstabes sowie der Budget- und Degressionsberechnungen sind nicht Gegenstand der Prüfung der kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung“

ist eine eigene Prüfung dieser „Kernfragen“ durch den Rechnungsprüfungsausschuss erforderlich.

Dem Rechnungsprüfungsausschuss wurde vom Vorstand die Einsichtnahme in einige dafür notwendige Unterlagen wie

- Konten 5998 und 5999,
 - Honorarausgleichsfonds,
 - Honorarverteilung aus Kürzungen,
 - Degressionszahllast Berliner Krankenkassen und
 - WSR – Verrechnungskonto
 - Vorlage der Miles & More Abrechnung (Flugtickets, Hotelabrechnungen, Mietwagen und weitere Miles & More Boni)

verwehrt.

Nicht vorgelegen hat der Geschäfts- und Jahresbericht des Vorstands für das Jahr 2006.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat seine Prüfungen bisher nicht in dem von ihm nach pflichtgemäßem Ermessen für erforderlich gehaltenen Umfang vornehmen können.

1. Bisheriges Ergebnis der Prüfung

Es ergeben sich folgende Beanstandungen:

- Verzicht auf HVM - Rückzahlungen

Mit der alleinigen Begründung eines erheblichen Umfanges“ (€ 55.666,80) hat der Vorstand gegenüber bestimmten Kollegen auf HVM - Rückzahlungen verzichtet und dazu sogar einen Vorratsbeschluss gefasst. Der Verzicht gegenüber einer weiteren Praxis belief sich auf € 3.259,80 (Anlage1, Vorstandsprotokolle vom 26.08.2006, dort TOP 1, und früheres Protokoll, dort TOP 4; Vorstandsprotokoll vom 16.11.2006, dort TOP 4)) Eine Begründung für diesen Verzicht wurde dem Rechnungsprüfungsausschuss nicht gegeben.

Die der KZV dadurch fehlenden Beträge (€ 27.883,40 + € 3.259,80 = € 31.143,20) sind auf Bitten von Frau [REDACTED] dem Konto 5999 (Honorarverteilung Kürzung) entnommen worden. Im Kontenplan ist unter Bemerkungen zu diesem Konto folgendes vermerkt:
„Gutschriften/Belastungen, die bei uns bleiben.“

Der Rechnungsprüfungsausschuss hatte den Vorstand gebeten, ihm Einsicht in dieses Konto zu gewähren.

Der Vorstand hat dem Rechnungsprüfungsausschuss die Einsichtnahme in dieses Konto (sowie in das Konto 5998 Honorarverteilung nur KFO – Kürzungen) verwehrt. Es kann daher nicht überprüft werden, ob die Bilanz auch nur rein rechnerisch stimmt.

Schaden für die KZV: € 31.143,20.

(Anlage 1)

Vord. prot. P.

24. Seite 16. 11. 06.

Tagesordnungspunkte zur nächsten Vorstandssitzung

TOP 1

[REDACTED]

TOP 2

VZÄ: [REDACTED]

Antrag auf Ausbuchung der inzwischen verjährten Forderung in Höhe von EUR 1.671,31

Die Zulassung existierte vom 01.04.1992 bis 30.06.1998. Aus den noch vorhandenen Unterlagen ist lediglich ersichtlich, dass sich die Forderung aus einer Überzahlung und den HVM-Belastungen für die Jahre 1997 und 1998 zusammensetzt. Ein Widerspruch gegen den HVM Bescheid wurde nicht eingelegt. Über den Verlauf des Mahnverfahrens gibt es keine Erkenntnisse, da die Unterlagen nicht mehr auffindbar sind.

TOP 3

[REDACTED]

TOP 4

Vergleich Dr. [REDACTED]

In Bezug auf die HVM-Rückforderungen der Jahre 1998 und 1999 wurde ein Vergleich geschlossen. Danach sind EUR 3.259.80 nicht mehr zurückzuzahlen. Der Vorstand möge beschließen, diesen Betrag dem Honorarverteilungskonto „5999“ zu entnehmen.

Ordnung ausbleiben

*zurück
gestellt*

H. Seiler

*16.
Aug. 1*

A1

Herr [REDACTED] beantragt, die Rückforderung aus dem Vergleich mit dem Prüfungsausschuss in Höhe von EUR 4.000,00, in acht monatlichen Raten zurückzahlen zu können.

Der Vorstand beschließt einstimmig dem Antrag stattzugeben.

Von Juli 2006 bis Februar 2007 wird die KZV monatlich EUR 500,00 von der Vorauszahlung einbehalten und zur Tilgung verwenden.

TOP 4 VZA [REDACTED]

Herr Dr. Pochhammer informiert über ein Telefongespräch mit Herrn [REDACTED]. In diesem Gespräch hat er Herrn [REDACTED] darauf aufmerksam gemacht, dass die HVM-Rückzahlung in Höhe von ca. 50.000,00 in vollem Umfang zu begleichen sind. Herr [REDACTED] ist jedoch nicht der Meinung, dass er die volle Summe zurückzahlen müsste. Herr Dr. Pochhammer geht davon aus, dass Herr [REDACTED] nur die Hälfte, also ca. EUR 25.000,00 zahlen möchte.

Es gibt zwei Möglichkeiten, die sich anbieten würden:

Die KZV fordert die volle Summe zurück, dann würde es möglicherweise zu einer gegenseitigen Klage kommen oder von Seiten der KZV wird ein Vergleich angeboten. Dr. Pochhammer empfiehlt in diesem Fall einen Vergleich anzubieten.

Der Vorstand beschließt einstimmig, einen Vergleich anzubieten. Die HVM-Rückforderung soll aufgrund des erheblichen Umfangs um 50% reduziert werden und bezüglich seiner sachlich rechnerischen Berichtigung soll eine Pauschalierung für vier Quartale IV/01, III/02, IV/02 und I/03 vollzogen werden. Für die gesamte Rückzahlung über EUR 70.000,00 wird eine Ratenzahlung über 36 Monate angeboten.

Vorratsbeschluss: Der Vorstand stimmt einem Vergleich mit den o.g. Kriterien einstimmig zu.

TOP 5 HVM I/2000 Terminabsprache / Sachstand

Herr Dr. Husemann berichtet, dass zwischenzeitlich die Programmänderungen von Herrn [REDACTED] durchgeführt worden sind. Frau [REDACTED] informiert darüber, dass die Basisdaten, Richtgrößen und Umsatzdaten zu stimmen scheinen. Frau [REDACTED] muss für die Degression 2005 nur noch die „Stempelwechsler“ eingeben.

Herr Dr. Husemann bittet Frau [REDACTED] um die Fertigstellung folgender Tabellen bis spätestens 16.08.2006:

- HVM alt 1996
- 10%ige Kürzung
- „Spitzenreiter“
- Daten bei einer Quotierung
- Umsatz- bzw. Richtgröße- tatsächliche HVM-Berechnung

TOP 6 Betreff Dr. [REDACTED]

Herr Dr. Husemann erkundigt sich nach dem momentanen Sachstand des Falles [REDACTED]. Aufgrund noch bestehender Unklarheiten möchte sich [REDACTED] nochmals mit Fr. [REDACTED] in Verbindung setzen.



Vorstand

Protokoll
über die 18. Vorstandsbesprechung
am 28. August 2006
ca. 15:10 - 17:10 Uhr

A1

Teilnehmer: Herr Dr. H. [REDACTED] Herr Dr. P. [REDACTED]
Herr H. [REDACTED] Frau [REDACTED]
Herr [REDACTED] Herr [REDACTED]
Frau [REDACTED]
Protokoll: Frau [REDACTED]

Frau [REDACTED] trägt TOP 1 bis TOP 4 vor:

TOP 1 VZA [REDACTED] / Verbleibender Betrag aus Vergleich
In Anbetracht des Vorstandsbeschlusses vom 26.06.2006 sei mit Herrn [REDACTED] am
10.08.2006 der Vergleich geschlossen worden, in dem u. a. vereinbart worden sei,
dass der HVM-Rückzahlungsbetrag für die Jahre 1997 – 1999 gemäß dem
Schreiben der KZV vom 04.01.2006 in Höhe von Euro 55.666,80 nur zu 50 %
zurückgezahlt werden muss und Bestandteil der Ratenzahlungsvereinbarung sei.

Sie bittet den Vorstand, den durch den Vergleich verbleibenden offenen Betrag in
Höhe von Eur 27.883,40 dem Konto 5999 – Honorarverteilungen aus Kürzungen –
entnehmen zu dürfen.

Der Vorstand stimmt einstimmig zu.

TOP 2 Aussetzung der Zuweisung in den Sozialfonds
Gemäß eines Vorstandsbeschlusses vom 19.12.1977 würden u. a. Einnahmen aus
allgemeinem Verwaltungsaufwand der Versicherungen (ca. EUR 45.000,00) dem
Sozialfonds zugeführt.
Der Fonds verfüge derzeit über ausreichende Mittel (Stand 31.12.2005 EUR
204.414,83), so dass mit einer Zuweisung für 2007 ausgesetzt werden könnte.

Der Vorstand stimmt der Aussetzung einstimmig zu.

TOP 3 [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Nach ausführlicher Diskussion beschließt der Vorstand einstimmig,
die Ausbuchung vorzunehmen.

- Verweigerte Einsichtnahme in das WSR – Verrechnungskonto

Die Prüfer der KZBV haben zu diesem Konto ausgeführt:

„Angabegemäß wurde mit den Mitgliedern und den Krankenkassen ein Vergleich hinsichtlich Abrechnung Wurzelspitzen geschlossen. Nach Abschluss aller Zahlungen verblieb eine Restverbindlichkeit an Krankenkassen in genannter Höhe. Der Betrag wurde im Berichtsjahr in das Konto Honorarverteilungen aus Kürzungen gebucht und soll somit der Honorarverteilung zugeführt werden.“

Das Konto WSR – Verrechnungskonto weist zum 31.12.2006 einen Endbetrag von 0,00 € aus.

Der Vorstand hat dem Rechnungsprüfungsausschuss die Einsichtnahme in dieses Konto verwehrt.

Die Prüfer der KZBV haben von einer eigenen Prüfung dieser Vorgänge abgesehen.

(Anlage 2)

Zu c) Honorarverteilung aus Kürzungen

Auf diesem Konto werden die Honorarkürzungen aus Prüfverfahren und KFO-Untersuchungen verbucht bzw. gesammelt und später der zu verteilenden Gesamtvergütung zugeführt.

Zu d) Degressionszahllast

Die Verteilung an Berliner Kassen ist zum Prüfungszeitpunkt teilweise erfolgt.

Zu e) WSR-Verrechnungskonto

Angabegemäß wurde mit den Mitgliedern und den Krankenkassen ein Vergleich hinsichtlich Abrechnung Wurzelspitzen geschlossen. Nach Abschluss aller Zahlungen verblieb eine Restverbindlichkeit an Krankenkassen in genannter Höhe. Der Betrag wurde im Berichtsjahr in das Konto Honorarverteilung aus Kürzungen gebucht und soll somit der Honorarverteilung zugeführt werden.

Zu f) Degression 2001 - 2005 für fremde Kassen

Degression 2001 (<i>unverändert</i>)	EUR	-2.836,93
Degression 2002 (<i>unverändert</i>)	EUR	242.867,91
Degression 2003 (<i>unverändert</i>)	EUR	79.561,55
Degression 2004 (<i>unverändert</i>)	EUR	69.790,90
Degression 2005	EUR	<u>41.532,18</u>
	EUR	<u>430.915,61</u>

Den Mitgliedern der KZV Berlin wurden in den aufgezeigten Jahren Degressionsbeträge belastet.

Zu i) Budgetausgleich 2005 und 2006

Budgetausgleich 2005	EUR	430.561,91
Budgetausgleich 2006	EUR	<u>8.277.716,53</u>
	EUR	<u>8.708.278,44</u>

10.23 Noch nicht verteiltes Honorar

EUR 42.281.325,16

EUR 44.314.175,71

		2004 in EUR	2005 in EUR	2006 in EUR
a)	Zahnersatz (vorab Verteilung)	33.838.103,89	23.114.655,88	24.827.114,05
	Parodontose (vorab Verteilung)	1.952.525,73	1.732.802,08	1.728.243,36
	Kieferbruch (vorab Verteilung)	1.725.130,57	2.057.165,77	2.269.904,68
	KFO (vorab Verteilung)	0,00	30,00	0,00
	Normaler Honorarfluss	37.515.760,19	26.904.653,73	28.825.262,09
b)	Honorarausgleichsfonds (VK)	309.416,30	321.420,78	345.185,06
c)	Honorarverteilung Kürzungen	1.366.890,84	1.866.594,62	3.266.825,18
d)	Degressionszahllast (Berliner KK)	474.417,03	479.913,00	552.005,70
e)	WSR - Verrechnungskonto	609.314,47	616.393,72	0,00
f)	Degression 2001-2005 fremde KK	312.552,06	389.383,43	430.915,61
g)	Punktwert-Korrekturen	2.126,16	1.230,29	1.819,66
h)	IKK Sonderfonds für Azubis	166.625,76	166.604,76	0,00
i)	Budgetausgleichskonten	9.738.216,33	13.558.809,22	8.708.278,44
j)	Budgetabrechnung fremde KK	112.003,11	9.172,16	151.033,42
		50.607.322,25	44.314.175,71	42.281.325,16

Zu a) Monatsabrechnungen

Das Honorar wird den Zahnärzten monatlich ausgezahlt, jedoch erst mit dem Gesamtumsatz der Abrechnung IV/2006 auf den Konten gutgeschrieben.

Zu b) Honorarausgleichsfonds

Im Honorarausgleichsfonds werden Rundungsdifferenzen, geringfügige Beträge sowie Gutschriften oder Belastungen gebucht.

- **Degressionskorrektur**

Im Falle eines Kollegen, der die Degressionsgrenze 1999 überschritten hatte, kam es zu einer nachträglichen Korrektur der Kriterien. Der Kollege hatte 2001 nachträglich für 1999 eine veränderte Praxiszusammensetzung geltend gemacht.

In der Vorstandssitzung vom 11.01.2006 berichtete der Vorstandsvorsitzende:

„TOP 9 Verschiedenes

Herr [REDACTED]

Herr Dr. Husemann berichtet, dass auf Antrag von Herrn [REDACTED] eine Neuberechnung der Degressionskürzung mit dem Ergebnis erfolgt sei, dass die KZV rd. 95.000 Euro an Herrn [REDACTED] zahlen müsse. Weiterhin müsse Herr [REDACTED] prüfen, ob diese Forderung im Hinblick auf die Verjährung (4 Jahre) noch bei den Krankenkassen geltend gemacht werden könne.

Mit Bezug auf Herrn [REDACTED] bittet Herr Husemann, einen Gesprächstermin mit Herrn [REDACTED] und Herrn [REDACTED] abzusprechen.“

Der Vorstand hat diese Summe nach Auszahlung an den Kollegen bei den verschiedenen Krankenkassen geltend gemacht. Einige Krankenkassen beriefen sich zunächst auf mangelnde Begründung und dann auf Verjährung..

Schaden für die KZV € 41.196,98

Nach Auffassung des Rechnungsprüfungsausschuss wurde darüber hinaus bei der Aufstellung der Krankenkassen die IKK Brandenburg und Berlin übersehen. Gegen die an sie gerichtete Forderung in Höhe von € 3.473,08 wurde ebenfalls die Einrede der Verjährung erhoben.

Weiterer Schaden für die KZV € 3.473,08

(Anlage 3)



Innungskrankenkasse Brandenburg und Berlin

IKK Brandenburg und Berlin, Postfach 42 03 44, 12063 Berlin

Kassenzahnärztliche
Vereinigung Berlin
Kfm. Geschäftsführerin
Frau [REDACTED]
Georg-Wilhelm-Str. 16

10711 Berlin

eingegangen

24.03.06

VERTRAGSMANAGEMENT

Ihr Gesprächspartner

Herr [REDACTED]

Tel. 030 / 75 68 01-
FAX 030 / 75 68 01-
eMail:

[REDACTED]@
brandenburg-berlin.ikk.de

Berlin, den 21.03.2006

Degressionseinbehalte 1999 und Ihre diesbezügliche Zahlungserinnerung

Bezug: Ihre Schreiben vom 27.01.2006 und 06.03.2006

Sehr geehrte Frau [REDACTED],

auch der allgemeine Vorbehalt einer rückwirkenden Änderung der Sach- oder Rechtslage kann die allgemeinen Verjährungsfristen nicht außer Kraft setzen, so daß wir im Jahr 2006 zurecht davon ausgehen können, nicht mehr für Sachverhalte aus dem Jahr 1999 in Anspruch genommen zu werden.

Selbst bei großzügiger Anwendung der Verjährungsfristen des Sozialen Gesetzbuches von 4 Jahren, obwohl die Heranziehung der dreijährigen Verjährungsfrist gemäß dem Bürgerlichen Gesetzbuch auch opportun wäre, könnten Sie eine Korrektur der Degressionseinbehalte für 1999 spätestens bis zum 31.12.2003 beanspruchen.

Insofern machen wir gegenüber der von Ihnen mit Schreiben vom 27.01.2006 erhobenen Forderung die Einrede der Verjährung geltend.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. [REDACTED]

Telefon: (0 30) 75 68 01 - 0
Telefax: (0 30) 75 68 01 - 10
(0 30) 75 68 01 - 11

Anlage 3

J. Bohe

KASSENZAHNÄRZTLICHE
VEREINIGUNG BERLIN
(KdöR)



130950029700

IKK Brandenburg und Berlin
Vertragsmanagement
Keithstr. 9-11

10787 Berlin

Unser Zeichen:

Ansprechpartner:

Frau

89004

27.01.2006

Degressionseinbehalte 1999
hier: Korrektur des Degressionsbetrages

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der Durchführung der Degression gem. § 85 Abs. 4 b - e SGB V für das Jahr 1999 haben wir Ihnen am 18.12.2000 den Betrag von 161.936,88 DM überwiesen. Die Zahlungen wurden ausdrücklich unter Vorbehalt einer rückwirkenden Änderung der Sach- oder Rechtslage geleistet.

Für die Praxen [REDACTED] ergab sich aufgrund der geänderten Praxiszusammensetzung im Jahre 1999 eine Korrektur der Degressionsberechnung für dieses Jahr, aufgrund von nicht berücksichtigten Assistenten und doppelt degressierten Punkten.

Dadurch reduzierte sich der auf Ihre Krankenkasse entfallende Degressionsbetrag für die Praxen [REDACTED] um 1.149,19 Euro (2.247,63 DM) und für [REDACTED] um 2.323,89 Euro (4.545,13 DM).

Wir möchten Sie daher bitten, den Gesamtbetrag von 3.473,08 Euro an uns zu überweisen.

Eine Zusammenstellung der korrigierten Kürzungsbeträge der betroffenen Vertragszahnärzte fügen wir als Anlage bei.

Mit freundlichen Grüßen!

i. A.
gez. [REDACTED]
Assistentin der Geschäftsführung

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist daher ohne Unterschrift gültig.
Anlagen

Konkret Pension 1999

H. Nr. [REDACTED] ist die

Verzehrung im geboten. Keine

Chance die felder einzuholen.

20.6.2008

f.

Bericht an [REDACTED] € 90.595,47 Belg 2798/2005

offen 101K 36.758,87

HEK 1.146,40

Sicher 3.291,71

41.196,98

Von Forderung von M. A. 2006

TOP 9 Verschiedenes

Herr [REDACTED]

Herr Dr. Husemann berichtet, dass auf Antrag von Herrn [REDACTED] eine Neuberechnung der Degressionskürzung mit dem Ergebnis erfolgt sei, dass die KZV rd. 95.000 Euro an Herrn [REDACTED] zahlen müsse. Weiterhin müsse Herr [REDACTED] prüfen, ob diese Forderung im Hinblick auf die Verjährung (4 Jahre) noch bei den Krankenkassen geltend gemacht werden könne.

Mit Bezug auf Herrn [REDACTED] bittet Herr Dr. Husemann, einen Gesprächstermin mit Herrn [REDACTED] und Herrn [REDACTED] abzusprechen.

- Zahlungen ohne Belege

Auffallend oft fehlen bei der KZV Berlin Belege, welche ausgeführte Zahlungsanweisungen begründen könnten. Zum Beispiel fehlen jegliche Belege für vom Vorstand unterzeichnete Zahlungsanweisungen für Fortbildungsveranstaltungen mit Referenten in Höhe von € 9500,00.

Darüber hinaus fehlen beispielsweise weitere zahlungsbegründende Belege etwa für Flugtickets, andere Reisekosten und Sitzungsgelder. Dies bemängeln auch die Prüfer der KZBV.

(Anlage 4)

Wegen der fehlenden Belege lässt sich der Schaden für die KZV nicht beziffern.

Zahlungsanweisung

An Herrn [REDACTED] sind für die Fortbildung [REDACTED]
[REDACTED] am

13.09.06 16:20 – 17:30 Uhr Überarbeitung der Präsentation
mit Herrn Dr. Husemann
18:00 – 21:15 Uhr – Fortbildung Charité

€ 306,00

zu überweisen.

15.09.2006


Dr. Jörg-Peter Husemann

20.09.06	Datum	7	Unterschrift
rechnerisch richtig	_____	✓	almeand
sachlich richtig	_____	✓	pure
Zahlung angeordnet	_____	✓	pure

7071
7
[Handwritten signature]

Anlage 4

Zahlungsanweisung

An Herrn [REDACTED] sind für die Fortbildung „Ihre Chancen im Budget“

für Vorbereitungen a [REDACTED] 2006 15:00 – 16:15 Uhr und
für die Veranstaltung [REDACTED] 2006 18:00 – 21:30 Uhr

€ 307,00

zu überweisen.

10.11.2006



Dr. Jörg-Peter Husemann

7071

16.11.06	Datum	Unterschrift
rechnerisch richtig	B. J. H.	[Signature]
sachlich richtig		[Signature]
Zahlung angeordnet		[Signature]



40

Zahlungsanweisung

An Herrn [REDACTED] sind für die Vorbereitungen und die Durchführung der Fortbildung [REDACTED] [REDACTED].2006

08.08.2006 2 Std.
09.08.2006 2 Std.
11.08.2006 2 Std.
12.08.2006 2 Std.
14.08.2006 2 Std.


19.08.06 3 Std. in der KZV - Durchsprache der Präsentation
mit Herrn Dr. Husemann
23.08. 3 Std - Fortbildung Charité

€ 1.071,00


zu überweisen.

31.08.2006


Dr. Jörg-Peter Husemann

05.09.06	Datum	
rechnerisch richtig		
sachlich richtig		
Zahlung angeordnet		

7071



46.

Zahlungsanweisung

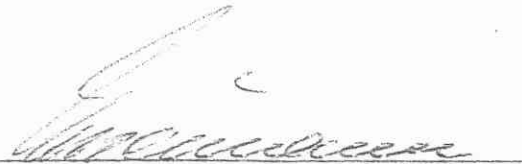
An Herrn [REDACTED] sind für die Fortbildung

am [REDACTED].2006

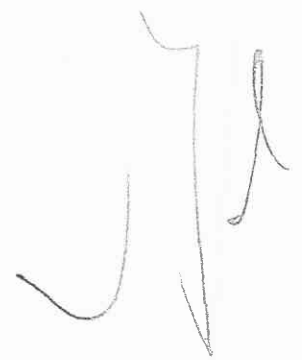
€ 696,00

zu überweisen.

11.12.2006


Dr. Jörg-Peter Husemann

Datum:	13.12.06
Unterschrift:	
rechnerisch richtig	<input checked="" type="checkbox"/>
sachlich richtig	<input checked="" type="checkbox"/>
Zahlung angeordnet	<input checked="" type="checkbox"/>



JPH - 13.12.06

4c

Zahlungsanweisung

NACHTRAG

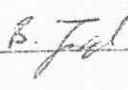
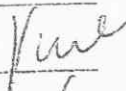
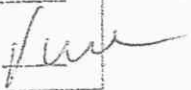
An Herrn [REDACTED] sind für die Fortbildung [REDACTED]
[REDACTED] 2006

€ 64,00

zu überweisen.

13.11.2006


Peter Herzog

09.11.06	Datum	Unterschrift
rechnerisch richtig	B. Faust	
sachlich richtig		
Zahlung angeordnet		

7071



4d

Zahlungsanweisung

An Herrn [REDACTED] sind für die Fortbildung

[REDACTED] 2006

€ 696,00

zu überweisen.

13.11.2006

[Signature]
Dr. Jörg-Peter Husemann

7071

16.11.06	Datum:	Unterschrift:
technisch richtig	_____	[Signature]
sauber richtig	_____	[Signature]
Zahlung angeordnet	_____	[Signature]

[Large handwritten signature]

Zahlungsanweisung

An Herrn

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

2006

€ 696,00

zu überweisen.

30.10.2006


Dr. Jörg-Peter Husemann

09.11.06	geboren	17.09.1971
rechtes Geschlecht		BT 9
sachl.		fu
Zahlen		fu

7071



902 - 13.11.06

48

Zahlungsanweisung

An Herrn [REDACTED]
[REDACTED] 2006



€ 464,00

zu überweisen.

30.08.2006



Dr. Karl-Georg Pochhammer

0509.06	Datum	Unterschrift
rechnerisch richtig		
sachlich richtig		
Zahlung angeordnet		

7071



49

Zahlungsanweisung

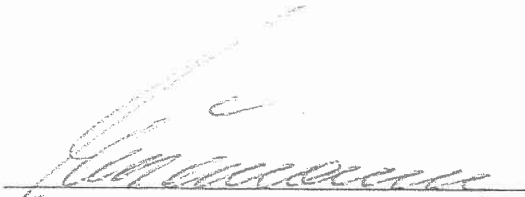
An Herrn [REDACTED] sind für die Fortbildung

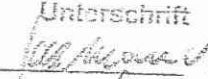
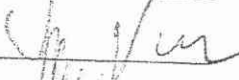
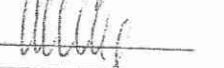
[REDACTED]
[REDACTED] 2006

€ 600,00

zu überweisen.

11.12.2006


Dr. Jörg-Peter Husemann

Datum	Unterschrift
13.12.06	
rechnerisch richtig	
sachlich richtig	
Zahlung angeordnet	



Zahlungsanweisung

An Herrn [REDACTED] für die Fortbildung
[REDACTED]
[REDACTED].2006

€ 600,00

zu überweisen.

13.11.2006

Dr. Jörg-Peter Husemann

707A

16.11.06	Datum	Unterschrift
rechnerisch richtig		<i>J.P. Husemann</i>
sachlich richtig		<i>[Signature]</i>
Zahlung angeordnet		<i>[Signature]</i>

[Large handwritten mark]

42

Zahlungsanweisung

An Herrn [REDACTED]

am 28.10.2006

€ 600,00

zu überweisen.

30.10.2006


Dr. Jörg-Peter Husemann

08.11.06	Datum	Unterschrift
rechnerische Prüfung	B. J. H.	[Signature]
sachliche Prüfung		[Signature]
Zahlung an		[Signature]

7071



gez. am 13.11.06

4 f

Zahlungsanweisung

An Herrn [REDACTED] 2006

€ 400,00



zu überweisen.

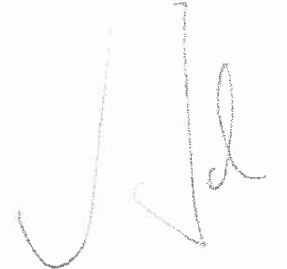
30.08.2006



Dr. Karl-Georg Pochhammer

7071

05.09.06	Datum		Wartel sch
	Druckverschiebung		
	essenlich richtig		
	Zahlung angeordnet		



702. - 7.9.6

4h

Zahlungsanweisung

7
-7

Für die Fortbildung der KZV

[REDACTED]

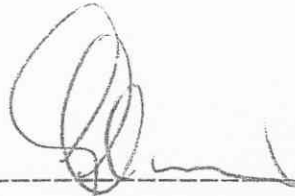
am [REDACTED].2006

sind an Herrn [REDACTED]. [REDACTED]

Euro 3.000,00

zu überweisen.

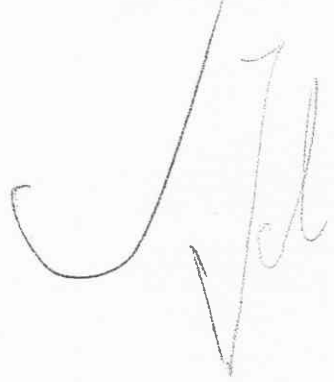
29.05.2006



Dr. Karl-Georg Pochhammer

7071

Bankverbindung:
Deutsche Apotheker- und Ärztebank/ BLZ 700 906 06
Kontonummer: [REDACTED]



42

- Zahlungen des Vorstands für Prüfungen einer eidesstattlichen Versicherung für den Regionaldirektor von Vivantes

Im Zusammenhang mit der rechtlichen Auseinandersetzung wegen des Nachtnotfalldienstes am Krankenhaus Friedrichshain hat der Vorstand für den Entwurf bzw. die Überprüfung einer eidesstattlichen Versicherung, die ein Mitarbeiter des Vivantes – Krankenhauses abgegeben hat, das Anwaltshonorar gezahlt.. (04.08.2006 Prüfung EV; 16.08. 2006 Entwurf EV Dr. [REDACTED])

(Anlage 5)

Schaden für die KZV: € 437,00

Dienstleistungskosten

Berlin

Registernummer : 1307/06

Datum: 30.08.2006

Seite: 1

Belegdatum Bearbeiter	Von Zeit Bis Zeit	Bezeichnung	Preis	Anzahl	Summe	Aktenzeichen	Abg.
04.08.2006 [REDACTED]	15:00 16:30	Diverse TG Dr. Pochhammer Prüfung EV	190,00		285,00	1307/06	
07.08.2006 [REDACTED]	11:15 11:55	Schreiben an Mdt und LG	190,00		133,00	1307/06	
11.08.2006 [REDACTED]	15:00 16:30	Prüfung Antragsschrift, Schreiben an KZV	190,00		285,00	1307/06	
14.08.2006 [REDACTED]	10:05 12:00	Diktat Widerspruch gegen EV	190,00		380,00	1307/06	
14.08.2006 [REDACTED]	16:30 17:30	Arbeit am Widerspruch	190,00		190,00	1307/06	
15.08.2006 [REDACTED]	14:30 18:30	Fertigstellung Widerspruch 1. Entwurf => Schreiben KZV	190,00		760,00	1307/06	
16.08.2006 [REDACTED]	14:00 14:45	Entwurf EV [REDACTED]	190,00		152,00	1307/06	
17.08.2006 [REDACTED]	12:40 12:48	TG Dr. Pochhammer	190,00		38,00	1307/06	
18.08.2006 [REDACTED]	18:00 20:30	Fertigstellung Widerspruch	190,00		475,00	1307/06	
21.08.2006 [REDACTED]	14:32 14:55	Telefonat mit Herrn Dr. Pochhammer, Arbeit am Ss	260,00		104,00	1307/06	
21.08.2006 [REDACTED]	15:58 16:25	Endfertigung Widerspruch	190,00		95,00	1307/06	
25.08.2006 [REDACTED]	15:20 15:26	Telefonate mit Dr. Pochhammer	260,00		26,00	1307/06	
30.08.2006 [REDACTED]	13:49 14:01	Posteingang Ladung	190,00		38,00	1307/06	

Anz. 5

[Redacted]

RECHTSANWALTSSOCIETÄT

KZV Berlin

- 1. Sep. 2006

[Redacted] Rechtsanwaltssocietät
Berlin - Germany

Kassenzahnärztliche Vereinigung Berlin
Herrn Herzog
Georg-Wilhelm-Straße 16

10711 Berlin

05.09.06	Datum	Unterschrift
	richtig	<i>[Signature]</i>
		<i>[Signature]</i>
	angeordnet	<i>[Signature]</i>

[Redacted]

Berlin

[Redacted]

In Kooperation mit

[Redacted]

|| UZB !! =>

Für unsere Bemühungen erlauben wir uns in Rechnung zu stellen:
For professional services rendered we kindly ask you to pay:

Berlin,
Berlin,

30.08.2006

Vorgang: KZV ./ IUZB e.V.
 Unser Aktenzeichen: 1307/06 [Redacted] -bitte stets angeben-
 Bei Rückfragen betreut Sie: Rechtsanwalt [Redacted]

KZV ./ Initiative unabhängiger Zahnärzte Berlin e.V.

Rechnungsnummer : B [Redacted] /2006

Abrechnung vom 04.08.2006 – 30.08.2006

Zeithonorare	14,90 Std. a 190,00 €	2831,00 €
Zeithonorare	0,50 Std. a 260,00 €	130,00 €

Kosten insgesamt	2961,00 €
16,00% Umsatzsteuer von 2961,00	473,76 €
Endbetrag der Rechnung	3434,76 €

Wir bitten freundlich um Zahlung des vorstehenden Betrages innerhalb der nächsten 3 Wochen auf das Konto Nr. [Redacted] bei der Deutschen Bank AG BLZ 100 700 24, unter Angabe des oben genannten Aktenzeichens.

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted]
Dr. [Redacted]
Rechtsanwältin

SOLL	HABEN	€
7515	51816	3.434,76
Gebucht durch: <i>[Signature]</i>		

Bank Deutsche Bank, D-10719 Berlin

BLZ / routing code 10070024

Konto / account [Redacted]

IBAN DE 25 1007 0001 0000 0000 0000

5a

- **Presseausweise**

Das Vorstandsmitglied Dr. Husemann hat sich von der Gewerkschaft ver.di einen Journalistenausweis zu Lasten der KZV ausstellen lassen. Bedingung für das Ausstellen eines solchen Ausweises ist die hauptberufliche journalistische Tätigkeit. Dies lässt sich nicht mit der dem Vorstandsvorsitzenden nach seinem Dienstvertrag obliegenden hauptberuflichen Tätigkeit für die KZV Berlin vereinbaren.

Neben dem hauptberuflich tätigen Referenten für Öffentlichkeitsarbeit, [REDACTED], der diesen Ausweis berechtigterweise ausgestellt bekommen hat, hat sich auch der Pressesprecher der KZV Berlin auf Kosten der Kollegenschaft unter Vortäuschung falscher Voraussetzungen einen Presseausweis erstellen lassen.

Schaden für die KZV: € 100,00

(Anlage 6)

Unser Zeichen

Ansprechpartner

Frau [REDACTED]

Telefon

89004-[REDACTED]

Telefax

89004-[REDACTED]

Email

vorstand@kzv-berlin.de

Datum

20.12.06

Verein Berliner Journalisten e. V.
Charlottenstr. 80
10117 Berlin

Antrag Presseausweis

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantragen wir für unseren Mitarbeiter, Herrn [REDACTED] einen Presseausweis für das Jahr 2007.

Herr [REDACTED] ist hauptberuflich im Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der KZV Berlin angestellt und betreut als Redakteur die Zeitung für Berliner Zahnärzte (MBZ).

Herr [REDACTED] ist kein Mitglied in Ihrem Verein.

Die Beantragungsgebühr in Höhe von € 50,00 wird in Kürze auf das Konto des Vereins bei der Deutschen Bank überwiesen (Verein Berliner Journalisten e.V., Kontonummer 06 46 46 3, BLZ100 700 00).

Mit freundlichen Grüßen

i. A. [REDACTED]

Sekretariat

Bankverbindung:
Konto 0101412035
Deutsche Apotheker- und Ärztebank
BLZ 100 906 03

Anschrift K
G
i
Telefon E
Telefax F
Internet I

Aut. 5

ag auf Ausstellung eines Presseausweises 2007

ullich lesbar ausfüllen

ffender Landesverband (vom Landesverband auszufüllen)
erein Berliner Journalisten e.V.
andesverband des DJV
harlottenstraße 80
0117 Berlin

**Unterschrift
umseitig bitte
nicht vergessen!**

e ankreuzen: Mitglied Nichtmitglied

Erstantrag Folgeantrag Bisherige Presseausweis-Nr.:

Herr Frau

ad. Titel, Vorname

achname

RIVATE ANSCHRIFT
traße und Hausnummer

PLZ/Wohnort

BERLIN

notwendige Adresszusätze:

Land DEUTSCHLAND

Staatsangehörigkeit D

Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr) Geburtsort

Angestellt Freie journalistische Tätigkeit

Arbeitgeber/Auftraggeber

KASSENZAHNÄRZTLICHE VEREINIGUNG

Bitte ankreuzen:

Tageszeitung Pressestelle Zeitschrift Anzeigenblatt Hörfunk Online-Medi

Fernsehen Pressebüro Nachrichtenagentur Bild/Kamera Wort sonstige:

Tätigkeitsbezeichnung

PRESSEARBEIT

Medium ZAHNÄRZTE - ZEITUNG

Redaktion ZAHNÄRZTE - ZEITUNG

Tel. (dstl.) 8 9 0 0 4

Tel. (priv.)

Fax. (dstl.) 8 9 0 0 4

Fax. (priv.)

Handy (d.)

Handy (p.)

E-Mail (dstl.) p r e s s e @ k z v - b e r l i n . d e

E-Mail (priv.)

PKW-Schild "Presse" wird zusätzlich beantragt: ja nein

Datum	29.12.06
technisch richtig	<input checked="" type="checkbox"/>
sachlich richtig	<input checked="" type="checkbox"/>
Zahlung zugeordnet	<input checked="" type="checkbox"/>

SOLL	HABE
0055	524

Ich bestätige ich, dass ich bei keinem anderen Landesverband/-bezirk den Presseausweis beantragt habe. Ich habe Kenntnis genommen, dass der Presseausweis nur an hauptberuflich tätige Journalistinnen und Journalisten ausgegeben wird. Ich versichere mich, den Presseausweis nur in Ausübung journalistischer Tätigkeit und nicht bei privaten Anlässen zu benutzen. Mir ist bekannt, dass der Presseausweis Eigentum des ausstellenden Landesverbandes/-bezirkes bleibt und von diesem jederzeit zurückgefordert werden kann, insbesondere wegen missbräuchlicher Benutzung. Wenn ich nicht mehr hauptberuflich journalistisch tätig sein sollte, werde ich den Presseausweis unverzüglich dem zuständigen Landesverband/-bezirk zurückgeben. Das gleiche gilt für den Austritt aus dem Landesverband/-bezirk.

Die erforderlichen Nachweise über die hauptberufliche journalistische Tätigkeit (z.B. Arbeitsvertrag, Impressum, KSK-Mitgliedscheinigung, Pauschalisten-Vertrag, Honorarnachweis der letzten 6 Monate) habe ich beigelegt. Mir ist bekannt, dass diese Nachweise die eigenverantwortliche Prüfung des Landesverbandes nicht ersetzen können.

Es ist bekannt, dass die vorstehenden Angaben zum Zwecke der Ausstellung eines Presseausweises elektronisch erhoben und verarbeitet und genutzt werden. Dies geschieht in Erfüllung der Vereinbarung mit den Innenministern des Bundes und der Länder vom 01. Januar 1994 (MBI NRW 1993, 1855), wonach jeder ausstellungsberechtigte Verband vor der Ausstellung eines ihm beantragten Presseausweises die anderen ausstellungsberechtigten Verbände zum Zwecke der Prüfung in Anspruch nehmen darf, an wen er den Presseausweis ausgestellt hat.

Datum 20.12.06 Unterschrift des Antragstellers



ABWEICHENDE VERSANDADRESSE
Vor- und Nachname/Firma

Straße/Postfach

PLZ/Ort

Land

ABWEICHENDE RECHNUNGS-/QUITTUNGSADRESSE
Vor- und Nachname/Firma

Straße/Postfach

PLZ/Ort

Land

NUR FÜR MITGLIEDER: Einzugsermächtigung für das Lastschriftverfahren

Der Verein Berliner Journalisten ist berechtigt die Bearbeitungsgebühr für das zusätzlich beantragte PKW-Schild vom unten angegebenen Konto abzubuchen.

Bankname

Kontonummer

Bankleitzahl

Kontoinhaber

Anschrift

Datum

Unterschrift des Kontoinhabers

Bearbeitungsgebühr pro Kalenderjahr

Presseausweis für Nichtmitglieder:

50,00 €

PKW-Schild:

5,00 €

Presseausweis im Falle des Verlustes:

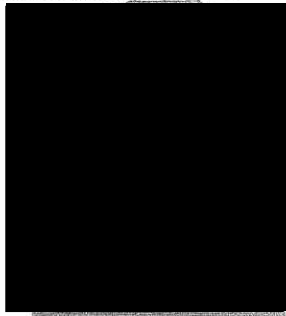
25,00 €

PKW-Schild im Falle des Verlustes:

5,00 €

Antrag auf Ausstellung eines Presseausweises

Bitte deutlich lesbar ausfüllen



Ausstellender Landesbezirk
 ver.di Berlin-Brandenburg
 Fachbereich 8 / Abt. Presseausweise
 Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin
 Tel: 030/8866- Fax: 5939
 E-Mail: @verdi.de
 www.dju-berlin.de oder www.dju-brandenburg.de

SEB Potsdam
 BlZ 160 101 11 Konto
 Verwendungszweck: Name Antragstellerin

Bitte ankreuzen: Mitglied Nichtmitglied
 Erstantrag Folgeantrag Bisherige Presseausweis-Nr. [REDACTED]

Herr Frau

Akad. Titel, Vorname:

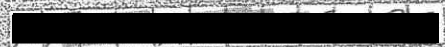
DR. JÖRG

Nachname:

MEYER

PRIVATE ANSCHRIFT

Straße und Hausnummer:



PLZ/Wohnort: [REDACTED] BERLIN

Notwendige Adresszusätze:

Land: DEUTSCHLAND Staatsangehörigkeit:

DEUTSCHLAND

Staatsangehörigkeit:

BRD

4

STILL	NADEN	€
7072	52504	50,00
Gebucht durch:		<i>[Signature]</i>

[Large Signature]

09.02.06 Datum
 Unterschrift
 nach mehrfach richtig *[Signature]*
 nach mehrfach richtig
 auf Antrag angenommen *[Signature]*

Neue Presseausweis-Nr.
(vom Landesverband auszufüllen)

Antrag auf Ausstellung eines Presseausweises

Bitte deutlich lesbar ausfüllen

Ausstellender Landesbezirk
ver.di Berlin-Brandenburg
Fachbereich 8 / Abt. Presseausweise
Manuela Werk
Köpenicker Straße 30, 10479 Berlin
Tel: 030/6866- [redacted] Fax: [redacted]
E-Mail: [redacted]@verdi.de
www.dju-berlin.de oder www.dju-brandenburg.de

SEB Potsdam
BLZ 160 101 11, Konto [redacted]
Verwendungszweck: Name AntragstellerIn



Bitte ankreuzen: Mitglied Nichtmitglied
 Erstantrag Folgeantrag Bisherige Presseausweis-Nr. [redacted]

Herr Frau

Akad. Titel, Vorname
DR. JÖRG

Nachname
MEYER

PRIVATE ANSCHRIFT
Straße und Hausnummer
[redacted]

PLZ/Wohnort
[redacted] BERLIN

Notwendige Adresszusätze:
Land DEUTSCHLAND Staatsangehörigkeit BRD

Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr) [redacted] Geburtsort BERLIN

Bitte nur die vorgegebenen Kästchen verwenden, es handelt sich jeweils um die auf dem Presseausweis maximal druckbare Zeichenanzahl

Angestellt Freie journalistische Tätigkeit
Arbeitgeber KZV BERLIN

Bitte ankreuzen:
 Tageszeitung Pressestelle Zeitschrift Anzeigenblatt Hörfunk Online-Medien
 Fernsehen Pressebüro Nachrichtenagentur Sonstiges Wort Bild Kamera

Tätigkeitsbezeichnung
REFERENT FÜR ÖFFENTLICHE ARBEIT

Medium MITGLIEDERZEITUNG

Redaktion RBZ

Tel. (dstl.) 89004 [redacted] Tel. (priv.) [redacted]

Fax (dstl.) 89004 [redacted] Fax (priv.) [redacted]

Handy (d.) [redacted] Handy (p.) [redacted]

E-Mail (dstl.) joerg.meyer@kzv-berlin.de

E-Mail (priv.) [redacted]

PKW-Schild „Presse“ wird zusätzlich beantragt: ja nein

5

Neue Presseausweis-Nr.
(vom Landesverband auszufüllen)

2

hiermit bestätige ich, dass ich bei keinem anderen Landesverband/-bezirk den Presseausweis beantragt habe. Ich habe Kenntnis davon genommen, dass der Presseausweis nur an hauptberuflich tätige Journalistinnen und Journalisten ausgegeben wird. Ich verpflichte mich, den Presseausweis nur in Ausübung journalistischer Tätigkeit und nicht bei privaten Anlässen zu benutzen. Mir ist bekannt, dass der Presseausweis Eigentum des ausstellenden Landesverbandes/-bezirk bleibt und von diesem jederzeit zurückgefordert werden kann, insbesondere wegen missbräuchlicher Benutzung. Wenn ich nicht mehr hauptberuflich journalistisch tätig sein sollte, werde ich den Presseausweis unverzüglich dem zuständigen Landesverband/-bezirk zurückgeben. Das gleiche gilt bei Austritt aus dem Landesverband/-bezirk.

Die erforderlichen Nachweise über die hauptberufliche journalistische Tätigkeit (z.B. Arbeitsvertrag, Impressum, KSK-Bescheinigung, Pauschalisten-Vertrag, Honorarnachweis der letzten 6 Monate) habe ich beigefügt. Mir ist bekannt, dass diese Nachweise die eigenverantwortliche Prüfung des Landesverbandes nicht ersetzen können.

Mir ist bekannt, dass die vorstehenden Angaben zum Zwecke der Ausstellung eines Presseausweises elektronisch erhoben, verarbeitet und genutzt werden. Dies geschieht in Erfüllung der Vereinbarung mit den Innenministern des Bundes und der Länder vom 01. Januar 1994 (MBI NRW 1993, 1855), wonach jeder ausstellungsberechtigte Verband vor der Ausstellung der bei ihm beantragten Presseausweise die anderen ausstellungsberechtigten Verbände zum Zwecke der Prüfung eines Einspruchs gegen die Ausstellung einzelner Presseausweise darüber unterrichten darf, an wen er Presseausweise ausgeben will.

Datum: _____ Unterschrift des Antragstellers: _____

Fakultativ Die folgenden Angaben werden nicht von allen Landesverbänden/-bezirken benötigt und sind insoweit nur bei Bedarf auszufüllen. (Erläuterungen dazu finden Sie – soweit vorhanden – auf der Homepage des Landesverbandes/-bezirk.)

6

ABWEICHENDE VERSANDADRESSE:	
Vor- und Nachname/Firma	KZV BERLIN
Straße/Postfach	GEORG-MICHAELA-STR. 16
PLZ/Ort	10711 BERLIN
Land	
ABWEICHENDE ADRESSE FÜR QUITTUNGSVERSAND:	
Vor- und Nachname/Firma	KZV BERLIN
Straße/Postfach	GEORG-MICHAELA-STR. 16
PLZ/Ort	10711 BERLIN
Land	

ZUR INTERNEN BEARBEITUNG – ver.di/Fachbereich Medien

Bezirk					
Mitglieds-Nr.		Mitglied seit			
Presseausweis-Nr.		Beitragshöhe			
		bezahlt am			
		bar	<input type="checkbox"/>	Überweisung	<input type="checkbox"/>
Autoschild-Anzahl		bezahlt am			
		bar	<input type="checkbox"/>	Überweisung	<input type="checkbox"/>
Ausstellender Landesbezirk					

Bearbeitungsgebühr pro Jahr
 1) Presseausweis für Nichtmitglieder: 50,00 €
 2) PKW-Schild: 10,00 €
 3) Presseausweis im Falle des Verlustes: 25,00 €
 4) PKW-Schild im Falle des Verlustes: 10,00 €

Alle Preise inkl. MwSt.

Antrag auf Ausstellung eines Presseausweises

Bitte deutlich lesbar ausfüllen

Ausstellender Landesbezirk
ver. d. Berlin-Brandenburg
Fachbereich 8 / Abt. Presseausweise
Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin
Tel: 030/8966- Fax:
E-Mail: @verdi.de
www.dju-berlin.de oder www.dju-brandenburg.de

SEB Potsdam
BLZ 160 101 11 Konto
Verwendungszweck: Name Antragstellerin

Bitte ankreuzen: Mitglied Nichtmitglied
 Erstantrag Folgeantrag Bisherige Presseausweis-Nr.:

Herr Frau

Akad. Titel, Vorname

DR. JOERG-PETER
name

USEMANN

PRIVATE ANSCHRIFT
Straße und Hausnummer

PLZ/Wohnort
BERLIN

Notwendige Adresszusätze:

and
DEUTSCHLAND

Staatsangehörigkeit
DT.

Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr) Geburtsort
BERLIN

Bitte verwenden, es handelt sich jeweils um die auf dem Presseausweis maximal druckbare Zeichenanzahl

Angestellt Freie journalistische Tätigkeit
Arbeitgeber

KIZV-BERLIN

Bitte ankreuzen:
 Tageszeitung Pressestelle Zeitschrift Anzeigenblatt Hörfunk Online-Medien
 Fernsehen Pressebüro Nachrichtenagentur Sonstiges Wort Bild Kamera

Tätigkeitsbezeichnung

Medium

Redaktion

Tel. (dstl.) 030/89004- Tel. (priv.)

Fax (dstl.) 030/89004- Fax (priv.)

Handy (d.) Handy (p.)

E-Mail (dstl.) vorstand@kizv-berlin.de
@

E-Mail (priv.)
@

Bitte zusätzlich beantragen: ja nein

7

Ich bestätige ich, dass ich bei keinem anderen Landesverband/-bezirk den Presseausweis beantragt habe. Ich habe Kenntnis davon, dass der Presseausweis nur an hauptberuflich tätige Journalistinnen und Journalisten ausgegeben wird. Ich verpflichte mich, den Presseausweis nur in Ausübung journalistischer Tätigkeit und nicht bei privaten Anlässen zu benutzen. Mir ist bekannt, dass der Presseausweis Eigentum des ausstellenden Landesverbandes/-bezirkes bleibt und von diesem jederzeit zurückgefordert werden kann, insbesondere wegen missbräuchlicher Benutzung. Wenn ich nicht mehr hauptberuflich journalistisch tätig sein sollte, werde ich den Presseausweis unverzüglich dem zuständigen Landesverband/-bezirk zurückgeben. Das gleiche gilt bei Austritt aus dem Landesverband/-bezirk.

Ich habe die erforderlichen Nachweise über die hauptberufliche journalistische Tätigkeit (z.B. Arbeitsvertrag, Impressum, KSK-Bescheinigung, Pausenvertrag, Honorarnachweis der letzten 6 Monate) beigelegt. Mir ist bekannt, dass diese Nachweise die eigenverantwortliche Prüfung des Landesverbandes nicht ersetzen können.

Ich bestätige, dass die vorstehenden Angaben zum Zwecke der Ausstellung eines Presseausweises elektronisch erhoben, verarbeitet und genutzt werden. Dies geschieht in Erfüllung der Vereinbarung mit den Innenministern des Bundes und der Länder vom 01. Januar 1994 (MBI NRW 1993, 1855), wonach jeder ausstellungsberechtigte Verband vor der Ausstellung der bei ihm beantragten Presseausweise die anderen ausstellungsberechtigten Verbände zum Zwecke der Prüfung eines Einspruchs gegen die Ausstellung einzelner Presseausweise darüber unterrichten darf, an wen er Presseausweise ausgeben will.

8

Titel Unterschrift des Antragstellers

kultativ Die folgenden Angaben werden nicht von allen Landesverbänden/-bezirken benötigt und sind insoweit nur bei Bedarf auszufüllen. (Erläuterungen dazu finden Sie – soweit vorhanden – auf der Homepage des Landesverbandes/-bezirkes.)

ABWEICHENDE VERSANDADRESSE:

Vor- und Nachname/Firma

Straße/Postfach

PLZ/Ort

Land

ABWEICHENDE ADRESSE FÜR QUITTUNGSVERSAND:

Vor- und Nachname/Firma

Straße/Postfach

PLZ/Ort

Land

*Bitte anweisen für Presseausweis
Dr. Heisemann*

ZUR INTERNEN BEARBEITUNG – ver.di/Fachbereich Medien

Bezirk

Mitglieds-Nr.

Mitglied seit

Beitragshöhe

Presseausweis Nr.

bezahlt am

bar

Überweisung

Autoschild Anzahl

bezahlt am

bar

Überweisung

Ausstellender Landesbezirk

Bearbeitungsgebühr pro Jahr	1) Presseausweis für Nichtmitglieder:	50,00 €	2) PKW-Schild:	10,00 €
	3) Presseausweis im Falle des Verlustes:	25,00 €	4) PKW-Schild im Falle des Verlustes:	10,00 €

Die Bearbeitungsgebühr ist im voraus per Überweisung zu leisten.

Alle Preise inkl. MwSt.

- Umbau 1.OG KZV – Gebäude, Georg – Wilhelm - Strasse

Für den Arbeiten im 1.OG hat der Architekt für die einzelnen Gewerke kein Leistungsverzeichnis erstellt. Als Vergleichsgrundlage diente dem Architekten eine Preisliste aus eigener Statistik. Für die einzelnen Gewerke Beleuchtung, Bodenarbeiten, Elektroinstallation, Maler- und Reinigungsarbeiten und Brandschutz wurde vom Architekten jeweils nur eine Firma zur Preisabgabe aufgefordert, wobei die Firmen ihr eigenes Leistungsverzeichnis erstellten. Die Angebote lagen unter den geschätzten Preisen des Architekten und bekamen somit den Auftrag. Für € 10.000,00 Honorar kann vom Architekten verlangt werden, dass er für jedes Gewerk ein Leistungsverzeichnis erstellt und sich jeweils mindestens 3 Angebote einholt.

Nur so kann der Vorstand entscheiden, welcher Firma zu welchem Preis der Auftrag erteilt wird.

- Telefonkosten

Nach § 6 der Dienstverträge erfolgt für Auslagen im Rahmen der Tätigkeit als Vorstandsmitglied (z. B. für die Kosten der Telekommunikation) eine Erstattung in Höhe der entstandenen Kosten.

Durch Vorstandsbeschluss vom 24. Mai 2005 hat der Vorstand sich eine Telefonpauschale von € 150,00 pro Person und Monat, bzw. von € 75,00 netto für Herrn Herzog rückwirkend ab dem 01. Januar 2005 bewilligt.

Dieses Vorgehen ist weder durch die Dienstverträge noch durch einen Beschluss der Vertreterversammlung gedeckt.

Schaden zu Lasten der KZV € 8.304,00

- Schulung der Mitarbeiterinnen des Teams Gewährleistung der AOK Berlin

Ein Referent hat der AOK Berlin angeboten, Mitarbeiterinnen der AOK Berlin (Team Gewährleistung) zu schulen. Der AOK war es nicht möglich, diese Dienstleistung finanziell zu entschädigen. Die Kosten für die AOK hat die KZV per Zahlungsanweisung übernommen.

(Anlage 7)

Schaden für die KZV: € 307,00

AOK Berlin · 10957 Berlin

Kassenzahnärztliche Vereinigung Berlin
Herrn
Dr. [REDACTED]
Georg-Wilhelm-Str. 16
10711 Berlin

AOK Berlin –
Die Gesundheitskasse

Zahnärzte
Zahnärztliche Leistungen

Postanschrift
10957 Berlin

Besucheradresse
Pallasstraße 25
Tempelhof-Schöneberg

Gesprächspartner
[REDACTED]

Durchwahl
030 2531- [REDACTED]

Telefax
030 2531- [REDACTED]

E-Mail Center
www.aokberlin.de/mail

Unser Zeichen (Bitte stets angeben)
ZZ - Team Gewährleistung

Datum
09.06.2006

Schulung der Mitarbeiterinnen des Teams Gewährleistung

Sehr geehrter Herr [REDACTED],

ich bedanke mich bei Ihnen für das nette Gespräch und das freundliche Angebot Ihrerseits eine Schulung für die Mitarbeiterinnen des Geschäftsbereiches Zahnärzte / Zahnärztliche Leistungen, Team Gewährleistung, hier in der AOK Berlin - Die Gesundheitskasse durchzuführen.

Leider ist es so, dass hierfür finanzielle Mittel nicht zur Verfügung stehen. Meine Rücksprache in der entsprechenden Abteilung ergab, dass ein solcher Bedarf normalerweise intern in unserem Bildungszentrum befriedigt wird. Deswegen ist es mir nicht möglich Sie für Ihre Mühe finanziell zu entschädigen.

Dürfen wir trotzdem mit Ihnen rechnen?

Ich habe jetzt den 05.07.2006 vorgemerkt und hier im Hause, in der Pallasstraße 25, 10781 Berlin einen Raum reserviert. Für Getränke und Arbeitsmaterial! Sorge ich, wie besprochen.

Bitte teilen Sie mir mit, ob Sie unter diesem Umständen bereit wären und Ihr freundliches Angebot weiter aufrecht erhalten. Sobald ich von Ihnen hierzu einen Hinweis erhalte, werde ich alles Weitere in die Wege leiten.

Bis dahin wünsche ich Ihnen eine schöne Zeit.

Wenn Sie Fragen haben, sprechen Sie mich gerne an.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Öffnungszeiten der
Servicecenter:
AOK Service-Telefon:
Bankkonto:

Montag und Mittwoch 08:00 - 14:00 Uhr, Dienstag und Donnerstag 08:00 - 18:00 Uhr, Freitag 08:00 - 12:00 Uhr
und nach Vereinbarung
☎ 030 2531-2000 (Mo.- Fr. 07:00 - 19:00 Uhr)
Bank für Sozialleistungen AG, Postfach 10 00 000, 10000 Berlin

Julg. 7

Beleg-Nr.: _____

ZAHLUNGSANWEISUNG

für Sitzungsgeld für den Monat

Juli 2006

Zahnarzt

Herr Dr. [REDACTED]

bis 3 Std. à € 153,00

am:

Grund:

Mittwoch

TOTAL

€.....

bis 6 Std. à € 307,00

am:

05.07.2006 Mittwoch

Grund:

Referent

in der AOK Berlin

(Siehe Anlage, 13.30-19.10 Uhr) ✓

12.07.2006 Mittwoch

Referat

(12.20-16.30 Uhr) ✓

19.07.2006 Mittwoch

Referat

(12.15-16.45 Uhr) ✓

Mittwoch

Referat

TOTAL

€ 921,00

bis zu 9 Std. á € 460,00

am:

Grund:

TOTAL

€.....

über 9 Std. á € 511,00

am:

Grund:

TOTAL

€.....

GESAMT

€ 921,00 ✓

Berlin, den 28.07.2006

Sachlich und rechnerisch richtig:

zur Zahlung angewiesen:

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]
[REDACTED]
[Handwritten signature]
[REDACTED]

7046

- **Sitzungsgelder**

Wie schon in den vorangegangenen Jahren sind auch die Abrechnungen der Sitzungsgelder und Reisekosten durch den Vorstand in nicht geringem Ausmaß fehlerbehaftet.

(Anlage 8)

Anlage 8 Sitzungsgelder

Herr [REDACTED]

Am 24.1. Neujahrsempfang BZÄK/KZBV 18:00-20:15 Uhr Sitzungsgeld 153,00 €.

Dr.Husemann ist von 20:00-22:00 Uhr bei dieser Veranstaltung ?

Vom 6.3.-7.3. Hartz IV –Gesetzgebung KZV Leipzig.

Sitzung war nur am 6.3.

Warum Übernachtung bis 7.3. ?

16.3.-17.3. Umsetzung GMG KZBV Köln

einmal Sitzungsgeld 153,00€. Veranstaltung war von Donnerstag –Freitag.

Warum Sitzungsgeld und für welche Zeit und welchen Tag?

28.5.-29.5. Verwaltungsmanagement Magdeburg

Sitzungsgeld 460,00 €. Beginn der Veranstaltung am Montag den 29.5. 10:00 Uhr. Zurück um 17:30

Uhr Am Sonntag 28.5. findet um 19:00 Uhr ein gemeinsames Abendessen statt. Warum Sitzungsgeld

für einen normalen Arbeitstag? Warum bezahlt KZV für Übernachtung?

6.6. Dienstag 16:20 Uhr-7.6. Mittwoch 21:20 Uhr Beirat und Vorstandsrunde in Köln.

Sitzungsgeld 2x 307,00 €. Warum Sitzungsgeld an einem Wochentag? Warum hat die KZBV nicht den

Flug bezahlt?

9.6.-10.6. Apo-VV in Düsseldorf

Sitzungsgeld 1x 307,00€ und 1x 511,00€ bezahlt von der KZV Berlin. Warum?

26.9.(Dienstag)16:00 Uhr-27.9.(Mittwoch)16:30 Uhr Fremdkassenausgleich für EK-Bereich am 26.

Und Vorsitzendenrunde am 27.

Sitzungsgeld für 26.9. 1x307,00€

Gesamtkosten:Pauschalen 527,00€ und Flug 636,19€. Dr.Pochhammer fliegt zur selben Sitzung erst am

27.9.

Warum zahlt nicht die KZBV und warum Sitzungsgeld am Wochentag?

5.11.(Sonntag)-6.11. (Montag) 18:30 Uhr Arbeitstagung KZV Hamburg.Tagung beginnt am Montag

um 9:30 Uhr.Am Sonntag Einladung der KZV Hamburg zu einem gemütlichen Beisammensein mit

Abendessen inklusive Begleitung.Abgerechnet wurde Sitzungsgeld 1x 511,00€ ,2x Verpflegung und

Bahnfahrt 1.Klasse.

22.11.(Mittwoch)-24.11.(Freitag) Einladung Erfurt

Sitzungsgeld 2x 307,00€ für normalen Wochentag.

6.12. (Mittwoch) Besprechung mit Herrn [REDACTED] und Herrn [REDACTED]

Sitzungsgeld 153,00€.

Herr Dr.Meyer

13.1.(Freitag)15:00-19:00 Uhr Gespräch mit Dr. [REDACTED], „Jobmaschine Gesundheitswesen“

Sitzungsgeld 1x 307,00 €

26.1. [REDACTED]

Sitzungsgeld 1x 307,00€ für die Zeit von 18:15-22:00 Uhr.Veranstaltung geht laut Einladung

regelmäßig von 19:00-22:00 Uhr (3 Stunden)

21.1. 9:00-17:00 Uhr Fortbildung Esplanade

Sitzungsgeld 460,00€

24.1. Neujahrsempfang der BZÄK/KZBV

Sitzungsgeld 460,00€

Anlage 8

10.2. Köln ,Gespräch mit Herrn [REDACTED]“Jobmaschinen Gesundheitswesen“
Flug 640,94€. Warum bezahlt KZV Berlin diesen Flug?

16.2. 8:30-13:30 Uhr in der KZV:MBZ Briefe,Jobmaschine
Sitzungsgeld 307,00€

23.2. [REDACTED] von 19:00-22:00 Uhr
abgerechnet 18:30-22:00 Uhr ,Sitzungsgeld 1x 307,00€

7.3. [REDACTED] 19:00-22:00 Uhr
abgerechnet 18:30-22:15,Sitzungsgeld 1x 307,00€

27.3. 10:30-20:30 Uhr VDAK –Schiedsamt
Sitzungsgeld 1x 511,00€

22.4. 11:00-17:45 Uhr Verbraucherfest der Senatsverwaltung
Sitzungsgeld 1x 460,00€. Parkschein ab 11:30 Uhr.

5.9. [REDACTED]
abgerechnet 18:30-22:15 Uhr,Sitzungsgeld 1x 307,00€

25.10 [REDACTED]
abgerechnet 18:30-22:15 Uhr,Sitzungsgeld 1x 307,00€

30.11. [REDACTED]
Sitzungsgeld 1x 307,00€

4.11. 9:00-15:30 Uhr Gesundheitsmesse
Sitzungsgeld 1x 460,00€

7.12. [REDACTED]
Sitzungsgeld 1x 307,00€

Dr. [REDACTED]

15.3. 19:00-21:15 Uhr Berliner Wirtschaftsgespräch „Diskussionsabend Ulla Schmidt“ Sitzungsgeld
1x 153,00€ plus 35,00€ für Business Dinner.

9.6.-10.6. Apo-VV Düsseldorf
Sitzungsgeld 1x 307,00 und 1x 511,00 € ,zusammen 818,00€
Apo.Bank ertattet 444,00€.(wer vertritt den einen Geschäftsanteil an der Apo-Bank?)

27.9.(Mittwoch)7:30-18:30 Uhr Vorsitzendenrunde Frankfurt.
Pauschale+Parken 123,00€. Warum bezahlt das die KZV Berlin?

29.11. (Mittwoch) Hotelbesichtigung Düsseldorf?
Flug 558,25€

Dr. [REDACTED]

24.1. 20:00-22:00 Uhr Neujahrsempfang BZÄK/KZBV
Sitzungsgeld 1x 153,00€

10.2. 20:00-0:30 Uhr Jubiläumsfeier zum 20.Berliner Ärztetag (Veranstalter: Quintessenz Verlag)
Sitzungsgeld 1x 307,00€

28.4.(Sa.)20:00 Uhr-30.4. (Mo.) 15:00 Uhr Apo-Beirat in Rottach-Egern
Sitzungsgeld 1x307,00€,2x 511,00€.Zusammen = 1329,00€
Apo-Bank erstattet Ausfallgeld 350,00€ +24,00€.Zusammen=374,00€

22.4. 10:30-14:30 Uhr Verbraucherfest der Senatsverwaltung
Sitzungsgeld 1x 307,00€ plus Parkgebühr 8,50€ .In dieser Zeit VIP-Empfang bei Knake-Werner.

12.6. Lufthansabuchung nach Köln zur Vorsitzendenrunde für Dr.Husemann und Herrn Herzog Kosten
1287,38€ + Umbuchung 40,00€.
Veranstaltung findet am 28.6. statt.
KZBV verweigert am 3.7. Zahlung an KZV Berlin in Höhe von 997,10€
KZBV zahlt nur 498,55€ zurück,da Kostenübernahme nur für VV-Vorsitzenden der KZBV.

26.7 Zukunft der KZV in Hamburg
Bahnreise nach Hamburg 1.Klasse 185,00€

1.9. Zukunft der KZV in Hamburg
Bahnreise nach Hamburg 1.Klasse 185,00€

26.9.(Di.)16:00 Uhr-27.9.(Mi.) Vorbereitung Spitzengespräch zum Fremdfallausgleich
Sitzungsgeld 1x 307,00€

18.10.(Mi.)7:15-16:30 Uhr Gem.Bundesausschuss
Pauschal 146,60€ plus Flug 406,67€. Warum bezahlt nicht die KZBV?

5.11.(So.) KV Gedenkveranstaltung f.d. vertriebenen und ermordeten jüdischen Ärzte in Berlin.
Schriftliche Zusage von Dr.Husemann +Gattin
Sitzungsgeld 307,00€+Taxi 34,00€

7.11. Tagung Arge „Zukunft der KZVen“in Bremen
Bahnfahrt nach Bremen 1.Klasse 221.00€

15.12. Vorsitzendenrunde KZBV in Stuttgart
Pauschal 92,00€ +Flug 583,22€. Warum bezahlt nicht die KZBV?

Die Flüge wurden überwiegend in der Business – Klasse gebucht. Die dabei erzielten Miles- and More
– Gutschriften wurden dem Rechnungsprüfungsausschuss nicht zur Einsichtnahme überlassen.